

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Ercheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 86 mm breite Anzeigen-Petitzeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Nachdruck und Abdruckgebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen in

Freitag

14

Februar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinlänglich bei gerichtlicher Beistellung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Kaufpreis 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst beschleunigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 25 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Alendörfer, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:

Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Fritz Ebert als Reichspräsident gewählt.

Die Nationalversammlung

In Weimar beriet am Montag in der vierten Sitzung in zweiter und dritter Lesung den Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Hierzu vergewisserten sich die süddeutschen Regierungen erst, ebenso auch die Abgeordneten der rechtsstehenden Parteien, daß dies Gesetz nur provisorischen Charakter habe, und durch dasselbe Entscheidungen über die Sonderrechte in den einzelnen Freistaaten nicht hinweg genommen werden. Als „notwendige Vorbedingung für Frieden und Brot“, wie Abg. Gröber vom Zentrum die Annahme dieses ersten Notgesetzes bezeichnete, wurde alsdann dasselbe mit geringen Abänderungen in der 2. und 3. Lesung und darauf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Unabhängigen und weniger anderer Abgeordneter angenommen. Die Ermächtigung an den Präsidenten, das Gesetz zu unterzeichnen und es damit in Kraft zu setzen, wurde einstimmig erteilt. Volksbeauftragter Scheidemann wandte sich darauf an die Versammlung mit den Worten: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die geschichtliche Mission, die uns als vorläufige Regierung zugefallen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen, hiermit in Ihre Hände. Auf Vorschlag des Abg. v. Payer (Dem.) übernahmen aber die bisherigen Volksbeauftragten die Regierung noch einmal bis zur Wahl eines Reichspräsidenten und zur Bildung eines Reichsministeriums unter einstimmiger Zustimmung des Hauses.

In der fünften Sitzung, am Dienstag, wurde alsdann diese Wahl und zwar durch Stimmzettel vollzogen. Präsident Dr. David verkündete das Resultat wie folgt: Abgegeben sind 379 Zettel, davon waren ungültig (weiß) 51. Es blieben also 328 gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit ist 165. Es haben gültige Stimmen erhalten: Ebert 277, Graf Posadowsky 49, Scheidemann 1, Erzberger 1. Der Abgeordnete und bisherige Volksbeauftragte

Fritz Ebert

ist somit zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt. (Beifall.) Zurufe bei den Unabhängigen: Friedrich der Einzige! Ich richte die Frage an ihn, ob er die Wahl annimmt.

Ebert: Herr Präsident, ich nehme die Wahl zum Reichspräsidenten an! (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. David: Meine Damen und Herren! Zum ersten Male hat sich das deutsche Volk sein Oberhaupt aus freier Selbstbestimmung gegeben. Der neue Reichspräsident ist gewählt von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Die einzige Quelle seines Rechtes ist der Wille des deutschen Volkes. (Beifall.) Auf ihm allein beruht die Macht und die Würde seiner Stellung. Somit hat das Reich zum ersten Male ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berufen ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln (Beifall), verschieden von der Bevormundung aus vererbtem Recht. An seiner Stelle steht der jetzt gewählte Führer. Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staatschiffes zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten inneren und äußerpolitischen Sturmes bewiesen. Es war wirklich ein schlechtes Erbe, das Herr Ebert am 9. November bei dem Rücktritt des Prinzen Max von Baden antrat. So war selten wohl in der Weltgeschichte jemand eine Staatsleitung zugefallen. (Zustimmung.) Man vergegenwärtige sich jenen Zusammenbruch des alten Systems, gleichseitig draußen und im Innern, die schmachvolle Niederlage nach vierjährigem Kriege, nach all den Gefahren und Schrecken. Zu all den Zerrüttungen und Wirnissen, die das zur Folge haben mußte, kam dazu die innere Gefahr, daß die in den Novembertagen fast ohne Schwierigkeiten vollzogene Umwälzung in einen wilden Bürgerkrieg ausartete. (Unruhe bei den Unabhängigen.) In dieser schicksalsschweren Stunde des deutschen Volkes trat Ebert an erste Stelle. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel des russischen gefolgt, daß sie nicht wie dort in dem blutigen Chaos zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat, (große Unruhe bei den Unabhängigen), daß sie nicht zur Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens ge-

führt hat, das ist zum großen Teil das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen haben. (Beifall.)

So darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß es der bewährten politischen Klugheit, Tatkraft und Willensfestigkeit des an die erste Stelle berufenen Mannes gelingt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor allen Gefahren, die kommen von rechts und von links. (Unruhe bei den U.S., lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Möge das deutsche Volk sich dessen bewußt sein, daß der neue Präsident jeden Versuch, an Stelle der Willens der Volksmehrheit die gewalttätige Diktatur einer Minderheit zu setzen, mit aller Macht entgegenzutreten wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Vereingelte Zwischenrufe der U.S.) Die Demokratie wird in ihm einen starken Hort haben. So möge denn die Volkshoheit hinausdringen in die deutschen Lande. Ein vollaufgewählter Führer ist an die Spitze des Volkes getreten, ein Mann, durchdringt von der Liebe zum deutschen Volke (Beifall), ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Not und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von dem starken Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten, den Frieden zu schaffen im Innern wie nach außen. Die Nationalversammlung begrüßt den Präsidenten des Deutschen Reiches und setzt ihn in seine hohen Rechte ein. Möge er sie wahrnehmen im Geiste dieser Versammlung, der Versammlung der freigewählten Vertreter des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall und Handklatschen im Saale und auf den Tribünen.)

Reichspräsident Ebert:

Zunächst danke ich für die freundlichen Worte Ihres Herrn Präsidenten. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Der Ruf, den Sie heute an mich richten, ist ein Ruf der Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr als je jeder Deutsche auf dem Platze, auf den er gestellt wird, seine Pflicht zu tun hat. (Beifall.) Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen, (Zwischenrufe bei den Unabhängigen), niemand zuliebe und niemand zuleide. (Beifall.) Ich gelobe, daß ich die Verfassung der Deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. (Lebhafter Beifall links.) Ich will und werde

als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes

handeln, nicht als Vorkämpfer einer einzelnen Partei. (Lebhafter Beifall.) Ich bekenne auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin (Beifall), ausgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft, noch meine Überzeugung zu verleugnen geformt bin. (Lebhafter Beifall.) Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertrauen, haben Sie — ich weiß es —

keine einseitige Parteiherrschaft

aufstellen wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staate vollzogen hat und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgabe der Zukunft Deutschlands anerkannt. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Minderung und Abtragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk dieses Vorrecht auf dem Gebiete der Politik reiflos beseitigt. (Beifall.) Und auch auf sozialem Gebiete vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Menschenmöglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben, das gleiche Gepäd aufzuladen.

Mögen wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchführen läßt, das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns alle innen sein. Freiheit und Recht sind Willenswächter. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. (Sehr richtig! links.) Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angefaßt ist, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. (Lebhafter Beifall.)

Niemand soll in den Verbänden der Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt. (Lebhafter Beifall.)

Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht

wollen wir unseren Staat gründen nach innen und außen. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot an Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. (Lebhafter Beifall.)

Den Frieden zu erringen, der Nation das Selbstbestimmungsrecht zu sichern, die Verfassung auszubauen und zu begründen, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettel- freiheit, sondern Kulturfreiheit wird, das sei das Ziel, dem wir zustreben. (Lebhafter Beifall.)

Ich weiß, daß die Kraft des einzelnen, wo immer es auch liege, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes verbindet. Ein so hartes Geschick unser Volk auch betroffen hat, an seinen lebendigen Kräften zweifeln wir nicht. Unser Volk hat sich in großen Bewegungen Licht und Luft geschaffen. Unser Volk wird sich durchsetzen draußen in der Welt und zu Hause. Die Tatkraft der Männer der Volkswahl, das Ehrgefühl ihres Strebens und die Reinheit ihres Willens müssen den Beweis erbringen für die Richtigkeit des großen Grundgedankes der Selbstregierung.

Alle diese Forderungen stellen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des deutschen Volkes und so, meine Damen und Herren, lassen Sie uns rufen: Das deutsche Vaterland und die deutsche Regierung, Sie leben hoch! (Das Haus, mit Ausnahme der Unabhängigen, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Hochruf ein. Handklatschen im Saale und auf den Tribünen.)

Damit war die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung. Schluß 4.30 Uhr.

Der neue Reichspräsident.

Das Deutsche Reich hat wieder ein Oberhaupt. Fritz Ebert ist als erster Präsident der Republik aus der Wahl des Deutschen Nationalversammlung hervorgegangen. Kein nachdenklicher Mensch kann sich der Bedeutung dieses Ereignisses entziehen.

Fritz Ebert ist geboren am 4. Februar 1871 in Heidelberg. Er erlernte das Schlosserhandwerk. Nach der Lehre wanderte er durch Süd- und Norddeutschland. 1892 wurde er Redakteur an der sozialdemokratischen Bremer Bürgerzeitung. Nach seinem Ausscheiden aus der Bremer Bürgerzeitung betrieb er kurze Zeit eine Gastwirtschaft und übernahm dann das Bremer Arbeitersekretariat. 1900 wurde er in die Bremer Bürgerkammer gewählt. 1905 wurde die Zahl der Sekretäre im Vorstand der sozialdemokratischen Partei vermehrt und der Parteitag 1913 in Jena wählte auf diesen Posten Ebert. Der sozialdemokratische Parteitag von 1913 brachte Ebert in das Vorkandidat. Zum Reichstag kandidierte Ebert früher im 18. hannoverschen Wahlkreis und 1912 in Elberfeld-Barmen. Unter Prinz Max von Baden trat er in deren Kabinett ein. Als dieser zurücktrat, wurde er mit Scheidemann Vorsitzender der provisorischen Regierung.

Der Reichspräsident wird voraussichtlich entweder im Schloß Bellevue in Berlin oder im Reichskanzlerpalais Wohnung nehmen. Der Nationalversammlung wird nach der Wahl des Reichspräsidenten eine Kreditvorlage zugehen, durch welche die Bezüge des Präsidenten bestimmt werden sollen. Außer einer festen Lønange sollen dem Präsidenten mehrere hunderttausend M. zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch dürfte die Gesamtsumme eine Million nicht erreichen.

Die neuen Männer.

Weimar, 11. Febr. Ueber die Besetzung der Ministerposten ist zwischen den Mehrheitsparteien im großen und ganzen Einigung erzielt worden. Von den insgesamt 14

Ministerposten entfallen auf die Sozialdemokraten 7 und auf das Zentrum und die Demokraten je 3. Der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau soll keiner der Parteien zugerechnet werden. Es sind zehn Minister mit und vier ohne Portefeuille vorgesehen.

Das Präsidium im Ministerium übernimmt Scheide-mann, das Reichsamt des Innern und gleichzeitig das Vizepräsidium Preuß. das Reichswirtschaftsamt an Stelle von Dr. August Müller, Wiffell, Landesverteidigung Roste, Reichsarbeitsamt Bauer, Reichsjustizamt Landsberg, außerdem stellen die Sozialdemokraten zwei Minister ohne Portefeuille, nämlich Dr. David und Hüb.

Vom Zentrum übernimmt Giesberts das Reichspostamt und Herold das Reichsernährungsamt, Erzberger ist Minister ohne Portefeuille.

Die Demokraten übernehmen außer dem Reichsamt des Innern das Reichsfinanzamt und das Reichsfinanzamt. Als Kandidat für diese Minister kommen der bisherige Unterstaatssekretär Schiffer und Senator Petersen (Hamburg) in Frage.

Ferner wird auch die Neubestellung anderer höherer Regierungsstellen notwendig werden. Dabei wird der Zentrumsabgeordnete Beder voraussichtlich das Unterstaatssekretariat im Reichswirtschaftsamt und Dr. Herschel (Breslau) das Unterstaatssekretariat im Reichsernährungsamt übernehmen.

Die Sozialdemokraten haben sich entschlossen, auf den Posten des Präsidenten der Nationalversammlung zu verzichten, so daß Dr. David nach der Übernahme des ihm zugedachten Ministerpostens zurücktreten und an seine Stelle Fehrenbach vom Zentrum als Präsident der Nationalversammlung treten wird.

Der Verfassungsentwurf für Preußen.

Der Verfassungsentwurf für Preußen, der im Ministerium des Innern fertiggestellt ist, wird noch in dieser Woche das Staatsministerium beschäftigen und dann der verfassunggebenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung nach den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Wie dasselbe Organ hört, sieht der Entwurf ein Einkammersystem und einen besonderen Staatspräsidenten vor. Er sei auf weitest möglicher demokratischer Grundlage aufgebaut und enthalte alle die Bestimmungen, die die Gewähr dafür böten, daß die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes sei. Von dem angekündigten Entwurf über die Wahlen zum Reichstag wird bemerkt, er räume mit allen Vorrechten, insbesondere mit denen des Grundbesitzes auf und gewährte eine Demokratisierung der bisher durch und durch konservativen Reichstage und Reichsausschüsse. Ob das Gesetz im Verordnungswege erlassen oder der Landesversammlung unterbreitet werden wird, steht noch dahin.

Das preussische Staatsministerium wird am Donnerstag über den Termin der Einberufung der preussischen Landesversammlung Beschluß fassen. Man rechnet mit einer kurzen Tagung vor Ostern zur Erledigung dringlicher Dinge. Nach Ostern wird sich die Tagung bis in den Sommer hinziehen. Der Entwurf einer neuen Reichsverordnung ist im Ministerium des Innern fertiggestellt und geht zu gegebener Zeit der Landesversammlung zu.

Lebensmittellieferungen.

Berlin, 9. Febr. Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. Der wesentliche Inhalt des Abkommens ist folgender: Der oberste Ernährungsrat der alliierten Regierungen wird Vorkehrungen treffen, daß sofort 30 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch und 250 000 Tonnen kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferung sollen die alliierten Regierungen in Aussicht nehmen, 250 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch zu liefern. Diese Lieferungen werden von einer beschleunigten Lösung der Finanzfrage abhängig gemacht. Außer den genannten Nahrungsmitteln hat die deutsche Vertretung als Bedarf für die Monate März bis August angegeben: 400 000 Tonnen Weizen und 100 000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate, sowie eine Million Tonnen Reis und andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Für die Erfüllung des ganzen Abkommens ist die Annahme und Ausführung der Bestimmungen für die Abgabe der Handelsflotte Vorbedingung. Daraus ergibt sich, daß eine absolute Sicherheit für den Eingang der Lebensmittel nicht besteht.

Zur westdeutschen Republik.

Mainz, 11. Febr. Das „Journal“ schreibt: Die Bewegung zur Bildung eines Westdeutschen Staates, im Rahmen des Deutschen Reiches, findet in der rheinhessischen Bevölkerung und nicht zuletzt in Mainz allgemeine Sympathie. Der Zusammenschluß von Rheinhessen, Nassau und Pfalz in einen westdeutschen Staat liegt im wirtschaftlichen Interesse von Mainz und Rheinhessen. Diese berechtigten Forderungen läßt sich nicht aufhalten. Rheinhessen wird bei der Neugestaltung Deutschlands auf das Recht der Selbstbestimmung unter keinen Umständen verzichten.

Nach den Wahlen in Koburg

ergeben sich für die Mehrheitssozialisten 7, die Demokraten 3 und die Deutsch-Nationalen (Bund der Landwirte) 1 Sitz in der Landesversammlung für den Staat Koburg.

Staat und Kirche.

Weimar, 8. Febr. Das Zentrum hat bestimmte Forderungen für die endgültige Verfassung eingebracht, wonach die Trennung von Kirche und Staat von der Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen werden müßte.

Der 25 Milliarden-Kredit.

Nach einer Meldung der „Weimarschen Landeszeitung“ handelt es sich bei der 25-Milliarden-Vorlage nicht reiflos um eine Neuforderung, vielmehr sind 15 Milliarden bereits vom alten Reichstag erledigt worden, wovon ein erheblicher Teil allerdings bereits zur Herausgabe gelangt ist. Zu den 25 Milliarden kommen noch 300 Millionen hinzu, die zur Deckung des laufenden Barunkostenfonds bestimmt sind.

Die bevorstehenden neuen Waffenstillstandsbedingungen.

London, 10. Febr. (Reuter.) Die „Daily Mail“ schreibt, Marshall Foch habe bei jeder Erneuerung des Waffenstillstands mit Zweideutigkeiten und Ausflüchten zu kämpfen. Die Lage verurteile besonders in Frankreich ernstliches Unbehagen. Wenn der Waffenstillstand wieder erneuert werden müsse, würden die Alliierten Deutschland zweifellos neue Bedingungen aufzwingen, die Deutschland ebenso sicher gewähren und hinterher ignorieren werde. Zu diesen Garantien werde vielleicht die Ausdehnung des besetzten Gebietes gehören, z. B. die Besetzung von Essen. Die Gefahr könne aber nur durch die Erzwingung der sofortigen Demobilisierung in Deutschland beseitigt werden. Für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens sei eine kleine geschulte Truppe alles, was Deutschland brauche und alles, was man ihm anvertrauen könne.

Eine Enzyklika Benedikts XV.

Die römischen Blätter kündigen eine neue Enzyklika Benedikts XV. über Völkerverständnis und die Menschenliebe an, die als Friedens-Enzyklika von großer sozialer und politischer Bedeutung sein werde.

Heimat und Oberste Heeresleitung.

Ein Beitrag zur Frage der Schuld am Kriegsausgange.

Auszug aus der „Frankfurter Zeitung“ vom 26. Januar 1919

Die deutsche Heere sind nicht geschlagen, sie sind dem Erschöpfungskrieg im Innern erlegen. Diese Aussage, die vielfach zu hören ist, kann nicht unwidersprochen bleiben, denn sie kann und muß mißverstanden werden in dem Sinne, daß lediglich der Zusammenbruch in der Heimat Ludendorff gezwungen habe, die bekannte Forderung an den Reichsanzler Ende September zu stellen, unverzüglich Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. In diesem Sinne ist jene Aussage irrig und irreführend.

Bekanntlich befand sich die deutsche Feldarmee auf der nördlichen Fronthälfte des westlichen Kriegsschauplatzes damals auf dem Rückzuge in einer neuen Widerstandslinie Antwerpen-Brüssel-Namur-Lüttich-Diephofen-Mech. Es ist nun behauptet worden, in dieser verkürzten Front hätte das deutsche Heer, geradlinig versammelt, in einer Linie Antwerpen-Mühlhausen auch großer Uebermacht erfolgreich Widerstand leisten können. Die Vermutung liegt nahe, daß dem obigen Satze ein ähnlicher Gedankengang zugrunde liegt. Meine Meinung geht dahin, daß mit der Abweisung, auf diese Linie Antwerpen-Mech zurückzugehen, Ludendorff — also das deutsche Heer bereits geschlagen war, und zwar endgültig. Die Jahre lang gehaltene Linie Ostende-Reims-Pont-à-Mousson mit dem Schwerpunkt um Reims war das strategische Ergebnis der deutschen Offensive durch Belgien und der Gipselschlachten dieser Offensive an der Marne und Aisne im Herbst 1914. Sie war als Kompromiß hervorgegangen aus dem mißlungenen deutschen Angriff und dem ebenso mißlungenen Gegenangriff Joffes. Beide Aktionen hatten operativ nur negative Erfolge. Daß diese Kompromiß-Front zu Ungunsten der deutschen Kriegslage eine Front — im engeren Sinne — (Ostende-Reims) und eine flanke Reims-Pont-à-Mousson befahl, war genau so ihr operativer Nachteil, wie in der Cadorna-Stellung am Isonzo ähnliche Verhältnisse den Zusammenbruch von Karfreit herbeigeführt haben. In beiden Fällen trat dieser operative Nachteil solange nicht in die Erscheinung als kein Angreifer die Kraft besaß, ihn auszunützen. Hier wie dort hat dieser Schwachzustand Jahre lang gedauert. Diese Tatsache ändert aber nichts an der andauernden operativen Gefahr eines entscheidenden Angriffes auf die gefährdete Flanke. So war es am Isonzo und so ist es in Nordfrankreich gekommen.

Der Ludendorff-Angriff (März-Juli 1918) war vielleicht weniger ein Durchbruch-Versuch, als ein Ausfall großer Stiles, wie man ihn im Kleinen im Stellungskriege als sogenannte Aktiv-Verteidigung von jeher kannte. Ob er eine Präventiv-Rolle spielen sollte, wird die spätere Geschichtsschreibung ergeben. Jedenfalls ist seine strategische Auswirkung in demselben Augenblicke beendet gewesen, als es an Kampfmitteln fehlte, ihn durch weitere Nahrung von rückwärts fortzusetzen. Hieran aber trug nicht die Heimot die Schuld, wie später nachzuweisen sein wird.

In demselben Augenblicke aber, in welchem der Gegner dazu übergehen konnte, nicht nur Flanken und Facen dieser vorgetriebenen Offensiv-Bastionen anzugreifen, sondern gleichzeitig die große Armeeflanke Reims-Pont-à-Mousson mit überlegenen Kräften einzustößen oder auch nur zurückzudrängen, war nicht nur die Ludendorff-Offensive des Jahres 1918 verloren, sondern die deutsche Offensive des Jahres 1914 trat nun in jene Phase ein, aus der sie im Spätherbst 1914 gerade noch gerettet werden konnte.

Diese Offensive war endgültig verloren. Das 1914 unterbrochene Drama hat sich zwischen Juli und September 1918 in einem vier Jahre später angereicherten Akte erfüllt. Auch das Hindenburg-Programm hat darüber nicht weghelfen können. Hiernach war der Krieg operativ verloren und deshalb hat Ludendorff seinen Antrag auf Einreichung eines sofortigen Waffenstillstandes einreichen müssen und nicht weil die deutsche Heere dem Erschöpfungskriege im Innern erlegen sind.

Aber auch die Meinung jener ist irrig, die glauben, daß der Rückzug in die Linie Antwerpen-Mech die Situation auch nur vorübergehend hätte retten können. Dieser Frage seien ein paar Worte gewidmet:

Ob eine geradlinige Front, von dem Standpunkte der Operation betrachtet, die beste Verteidigungs-Trace darstellt, ist eine offene Frage. Sie läßt sich überhaupt nicht generell entscheiden, sondern ist nur von Fall zu Fall zu beurteilen. Denn neben der Einsparung von lebendigen und materiellen Kampfmitteln kommen für den Erfolg noch zahlreiche andere Gesichtspunkte in Betracht. Also auch dieser Vorzug muß mit einer gewissen Vorsicht behandelt werden. Wichtig ist die Flügelansehnung. Diese war gegeben, insofern als Antwerpen eine starke (?) Festung, sich ebenso an neutrales Gebiet (Holland) anlehnt, wie der linke Flügel an die Schweiz. Beide Ansehnungen aber waren im September 1918 mehr als zweifelhaft. Die Verhandlungen mit Holland wegen Freigabe des linken Scheldeufers hatten bereits begonnen und der italienischen Millionennachschub stand nichts im Wege, die Schweiz zu umgehen. Von einer gesicherten Flügelansehnung konnte damals nicht die Rede sein. Im übrigen bot aber die Verteidigungslinie Antwerpen-Mech-Mühlhausen keine nennenswerten besonderen Vorzüge. Im Gegenteil.

Auf weite Strecken verfügte der rechte Flügel wegen der rückwärtigen Nähe Hollands über keine geradlinig zur Front führende Rückzugslinie. Ein erzwungener Rückzug aus diesem Frontteile hätte zur Katastrophe führen müssen. In der Mitte schob sich die vorgeschobene Bastion von Verdun bedrohlich vor und forderte zum Durchbruch geradezu auf. Die Linie Mech-Diephofen vermag diesen Nachteil nicht auszugleichen, da diese Front nach Verlust des St. Mihiel-Bogens bereits umgangen war. Die ganze Südfront aber ist eine Gebirgsfront mit allen Nachteilen einer solchen behaftet und außerdem viel zu nahe am Rhein, um ohne Risiko einer Katastrophe zäh gehalten werden zu können. Was aber der Hauptmangel der ganzen Stellung für eine aussichtslose strategische Defensive ist, das ist das Fehlen ausreichender Eisenbahn-Road-Linien, um nach einem bedrohten Punkte genügende Verstärkungen rechtzeitig werfen zu können.

Einer Uebermacht gegenüber, wie sie im September 1918 tatsächlich bestand, bot eine strategische Defensive in der Front Antwerpen-Mech-Mühlhausen keinerlei Aussicht auf auch nur vorübergehenden Erfolg. Nicht einmal nennenswerten Zeitgewinn würde diese Stellung gewährleisten haben. Mindestens nicht in höherem Maße als jede andere beliebige Stellung. (Es kommt hinzu, daß in der genannten Linie eine großzügige Verteidigungslinie oder gar Verteidigungszone keineswegs vorbereitet war! Feldbefestigungen hätten natürlich nach der Schlacht nicht ausgereicht. D. Red.) Das Unglück aber wollte, daß diese Stellung die letzte war, die vor der Rheinlinie noch in Betracht kam. Daß aber eine deutsche Verteidigung nicht am Rhein aufgebaut werden kann, hierfür den Beweis erbringen, dürfte wohl überflüssig sein. Auch der Nichtmilitär sieht das ohne weiteres ein.

Ludendorff hatte also recht, wenn er Ende September sein Unvermögen bekundete, den Krieg überhaupt noch weiter zu führen. Nur zwangen ihn dazu nicht die Folgen des Erschöpfungskrieges im Innern, sondern einzig und allein der Verlauf der Operation vom Juli bis September 1918.

Anders steht die Frage, wenn man sie nach der Richtung stellt, ob es unter allen Umständen kommen mußte, daß also Ludendorff Verhältnisse zu meistern gehabt hätte, die zu meistern kein Feldherr instande gewesen wäre, die Frage kann nicht unter allen Umständen bejaht werden. Just vor einem Jahre bestand die Möglichkeit, wenigstens einen nicht ganz aussichtslosen Versuch hierzu zu machen. Der Zusammenbruch Russlands bot diese Möglichkeit. An der Ostfront konnten allein an deutschen Truppen eine Million Mann mehr frei werden als tatsächlich nach dem Westen transportiert worden sind. Dieser Million sind die Rumänen und Rußland (Ukraine) zurückgehaltenen österreichischen und bulgarischen Streitkräfte zuzurechnen. Diese imposante Streitmacht ist damals für den Kriegsendzweck unverwendet geblieben, d. h. sie ist zur Erreichung der politischen Ziele eingesetzt worden, wie diese in den unglückseligen Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest ihre verhängnisvolle Wiedergeburt gefunden haben. (Es ist hier daran zu erinnern, daß natürlich ein großer Teil der Truppen nicht ohne weiteres an der viel schwierigeren Westfront hätte eingesetzt werden können. Trotzdem trifft der Verfasser hier den Kernpunkt. D. Red.) Das war eine militärische va banque-Strategie zugunsten einer alldeutschen Eroberungspolitik. Der Politiker Ludendorff hat sich damals als starker erwiesen als der Feldherr Ludendorff. Das war die Stunde von Ludendorffs Glück und Ende und zugleich die Stunde seiner und Wilhelms II. Schuld. Ob dieser Feldherr rund eineinhalb Millionen Streiter gegen die mazedonische Bedrohung Österreichs und Bulgariens oder unmittelbar an der Westfront besser eingesetzt hätte, ist von sekundärer Bedeutung und mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls hat der Feldherr Ludendorff in dieser entscheidenden Stunde versagt, indem er die einzige Gelegenheit, die ihm die Günst des Augenblicks in den Schoß warf, ungenützt für den Versuch verstreichen ließ, sich den militärischen Erfolg des Krieges unter allen Umständen zu sichern. Sein strategischer Aufmarsch nach Brest-Litowsk war falsch. Solche Fehler aber sind nach Clausewitz und Moltke zumeist irreparabel.

Darum: Nicht die Haltung der Heimatfront hat den Zusammenbruch verschuldet, sondern die deutsche Oberste Heeresleitung (Ludendorff-Wilhelm II.) hat durch ungenügendes militärisches Können oder Wollen den bedingungslosen Unterwerfungsfrieden Deutschlands verschuldet und trägt hierfür die volle Verantwortung. Dabei mag diese Frage unerörtert bleiben, ob für das deutsche Volk und dessen jütlche Wiedergeburt nicht gerade eine solche Niederlage die unerläßliche geschichtliche Voraussetzung gebildet hat.

Major Paulus-Rürnberg.

Kleine Meldungen.

Paris, 10. Febr. Der „Goliath“, ein German-Doppel-decker für Passagierbeförderung, der Samstagmittag kurz vor 12 Uhr in Paris mit 14 Passagieren aufstieg, ist nach 2 1/2 Stunden auf dem Riesen-Aerodrom südlich von London gelandet. Die Rückfahrt von London nach Paris erfolgte ebenfalls ohne jeden Zwischenfall, in 3 1/2 Stunden.

Lokalnachrichten.

Aufnahme der Vorräte an Getreide und Mehl. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung der preussischen Regierung über Vornahme einer Erhebung der Vorräte an Getreide und Mehl in den besetzten Gebieten der Rheinprovinz. Es wird darin bestimmt, daß am 1. März 1919 eine Aufnahme der Vorräte an Getreide und Mehl stattfindet. Die Aufnahme erstreckt sich auf sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe. Sie soll die Vorräte erfassen, die sich mit Beginn des 1. März 1919 in Gewahrsam der zur Anzeige Verpflichteten oder für einen Kommunalverband auf dem Transport befunden haben. Die Erhebung der Vorräte erfolgt gemeindeweise und die Ausführung liegt den Gemeinden ob.

Bessere Aussichten für unsere Ernährung. Wie wir an anderer Stelle unserer heutigen Nummer mitteilen, dürfen wir nunmehr nach den am 8. Februar in Spaa abgeschlossenen Verhandlungen mit der alsbaldigen Einfuhr von Schweinefleisch und Schweinefleisch, kondensierter Milch und Weizenmehl rechnen, wie denn die Vertreter der alliierten Regierungen sich überdies bereit erklärt haben, den Wunsch der deutschen Regierung wegen der weiteren Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen. Wie gleichzeitig gemeldet wird, hat sich am 1. Februar in Altona eine Einfuhrgesellschaft m. b. H. gegründet, welche die Wiedereinfuhr frischer (grüner) Serringe im größten Maßstabe aufnehmen will. Wenn wir nun auch mit einigem Vertrauen auf ein Nachlassen der auf die Dauer unerträglichen Spannung in unserer Lebensmittelversorgung hoffen dürfen, so wäre es doch total verfehlt, sich jetzt schon in dieser Hinsicht ein besonders rosiges Bild zu malen. Im Gegenteil: wir werden den Schmachttönen noch lange tragen müssen und Schmachthans wird noch jahrelang unser Küchenmeister sein.

Neue Salzpreise. Am 1. Januar ist seitens der Salinen der Preis für alle Sorten um 3.50 M für 100 Kilo erhöht worden, wodurch die Preise sowohl im Großhandel, wie im Kleinverkauf eine dementsprechende Erhöhung vom 10. Februar ab erfahren.

Zwangsbewirtschaftung von Eiern. Die bisherige Zwangsbewirtschaftung von Eiern wird, nach der „Deutschen Parlamentarischen Korrespondenz“, auch für das Jahr 1919 festgelegt. Das preussische Landesamt für Nährmittel und Eier hat deshalb die entsprechenden Anordnungen für die Zwangsablieferung von Eiern durch die Hühnerhalter getroffen.

Wirtschaftsrat Mainz. Die Bearbeitung von Reise-Ausweisen und Eisenbahn-Beförderungsgesuchen durch den Wirtschaftsrat hat einen solchen Umfang angenommen, daß derselbe zur Deckung der Unkosten sich genötigt sieht, eine Gebühr von je 50 S zu erheben.

Eine große Gefahr droht heuer dem Obstbau und der nächsten Obsternte durch das Vorhandensein unzähliger Raupenmeister des Goldäfers. Die Bekämpfung dieses Schädlings wurde in den letzten Jahren sehr vernachlässigt. Im Frühjahr 1918 war die Raupenplage bereits sehr groß. In diesem Jahre scheint sie noch größer zu werden, und der dadurch bedingte Obstausschlag ist unübersehbar. Fast überall, namentlich in den Gemargenen der rheinischen Gemeinden, stehen die Obstbäume derart voll von Raupenneestern wie noch nie zuvor.

Reckheim, 13. Febr. Ein seit längerer Zeit hier wohnhafter Händler wird nebst einem Helfer beschuldigt, in Frankfurt zwei wertvolle Pferde gestohlen zu haben. Ersterer wurde in Frankfurt, letzterer in Münster verhaftet. Die Tiere hatten sie einem hiesigen Einwohner, der allerdings über die Herkunft derselben keine Ahnung hatte, zu einem immerhin annehmbaren Preise verkauft. Ein Teil der verzeichneten Kaufsumme konnte noch gerettet werden. Die Pferde wurden wieder nach Frankfurt zurückgebracht. Um in das besetzte Gebiet zu gelangen, bedienten sich Beide auf jeden Fall auf unredelmäßige Art und Weise in ihren Besitz gekommener Pässe, worüber bereits Vernehmungen stattfinden.

Von nah und fern

Oberursel, 9. Febr. Unser Bürgermeister warnte vor einigen Tagen vor der zunehmenden Vergnügungssucht in der Stadt, die sich in einer Ueberfülle von Maskenbällen und Tanzlustbarkeiten spiegelt. Der Warnruf hatte den „Erfolg“, daß am Samstagabend in unserem Städtchen fünf Maskenbälle abgehalten wurden. Für heute, Sonntag, sind drei angekündigt. Vor einer Woche fanden hier Samstags und Sonntags zusammen sechs statt. Und für die nächste Woche laden Wirte und Vereine schon wieder zu einem halben Duzend Maskeraden ein. — Traurige Zeichen der Zeit.

Frankfurt a. M., 10. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung nahm den Antrag des Magistrats auf Erhöhung der Stadtverordnetensitze von 71 auf 96 einstimmig an.

Wiesbaden, 12. Febr. Das „Wiesbadener Tageblatt“ gibt heute bekannt, daß es sein Erscheinen bis auf weiteres einstellen muß, weil der Druckpapiervorrat erschöpft ist und neue Sendungen infolge der Fabrikations- und Verkehrsbehinderungen bis jetzt nicht eingetroffen sind.

Elville, 11. Febr. Hier starb nach einer Darmoperation im 65. Lebensjahre Herr Georg Müller aus dem Haus

„Rose“. Mit ihm sinkt wieder ein Glied aus der alten Familie des Matth. Müller, des Begründers der seit 1811 hier ansässigen Seifirma ins Grab. Herr Müller war lange Jahre hindurch tätiger Mitteilhaber der Firma, um dann später in den Aufsichtsrat der Gesellschaft überzutreten. Durch seinen Tod geht nach testamentarischer Bestimmung der gesamte Müllersche Vermögensbesitz mit geräumigem Wohnhaus durch Schenkung an die Gemeinde Hattenheim über.

Vom Rheingau, 11. Febr. Wegen ungebührlichen Betragens gegenüber französischen Offizieren wurden verschiedene Rheingauer Bürger zu sehr empfindlichen Freiheits- und Geldstrafen verurteilt. So erhielt der in Riedrich wohnende Peter Kropp aus diesem Grunde 30 Tage Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe; in Eltsille wurden wegen des gleichen Verschuldens die Einwohner Karl Schuhmacher zu 15 Tagen nebst 100 Mark Geldstrafe und Hans Döckendorf zu 9 Tagen und 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Mainz, 11. Febr. Arbeitszwang für Arbeitschene. Der Militäradministrator der Provinz Rheinhessen hat den Bürgermeisterei des Kreises Mainz mitgeteilt, daß Männer, die aus vermeidbaren Gründen arbeitslos geworden sind, in Rotten zusammengestellt und zu Straßen- und anderen Arbeiten verwendet werden. Diese Maßregel wird natürlich besonders solche Arbeiter treffen, die sich weigern, eine ihnen nachgewiesene Arbeit zu übernehmen.

Rassau (Lahn), 9. Febr. Ueber das Freiherrlich vom Steinsche Fideikommiß wurde die Zwangsverwaltung verhängt.

Vom Westerwald, 10. Febr. Das Wild nimmt heuer derart überhand, wie man es noch nie erlebt hat. Man stolpert sozusagen auf den Feldern über die Hasen. Die Hasen kommen sorglos in die Nähe der menschlichen Wohnungen und selbst das sonst so scheue Reh wagt sich nicht selten in die Nähe der Dörfer.

Marienburg (Westpr.) 8. Febr. Beim Milchstehen erstarb die in den mittleren Jahren stehende Antonie Ziesener. Sie wurde nach stundenlangem Warten im Gedränge ohnmächtig. Vollkommen erstarrt wurde sie nach Hause gebracht, wo der bereits eingetretene Tod festgestellt wurde.

Kirchliche Nachrichten aus der evangel. Gemeinde Rönigstein.

Sonntag (Septuagesimae). (16. Februar 1919.) Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst, 11 1/2 Uhr Jugendgottesdienst.

Künstliche Zähne mit u. ohne Gaumenplatte
Garantie für guten Sitz.
Stiftzähne, Kronenplomben in Gold u. Silber.
Zahnziehen vollständig schmerzlos.
Anton Steyer, Zahntechniker.
Königstein im Taunus, Hauptstrasse 33.
Behandlung von Mitgliedern der Orts- und anderen Krankenkassen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Der kommandierende General der 10. Armee hat wegen unerlaubter Beförderung von Briefen folgende Personen bestraft:

1. Den Apotheker Gierlich in Rönigstein zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe.
2. Den Lehrer Eißle in Stierstadt zu 700 Franken Geldstrafe, außerdem wird die Abberufung dieses Beamten, welcher zur Erziehung der Kinder bestimmt war und letztere gegen die Befehle der französischen Behörde anreizte, verlangt werden.
3. Die Absender der Briefe zu einer Geldstrafe von 200 Mark.

Bekanntmachung

Betrifft: Ernährung der werdenden Mütter, der Säuglinge sowie der Kinder bis zu 2 Jahren.

Nach den 3. Bt. geltenden Grundsätzen des Preuss. Staatskommissars für Volksernährung sind auf Antrag folgende Lebensmittel-Zulagen zu gewähren:

1. den werdenden Müttern:
a) eine Brotzulage von mindestens 350 gr für die Woche, 2. sowie Vollmilch zur Verfügung steht, täglich 1/2 Liter, sonst wenn möglich Wagnmilch oder entsprechende Zulage in anderen, gleichwertigen Lebensmitteln, Teigwaren, Nahrungsmitteln und Zucker.

Der Antrag ist bei der Gemeindebehörde bezw. dem örtlichen Lebensmittelamt zu stellen.

2. Stillenden Frauen:
für jeden Säugling 1/2 Liter Vollmilch täglich.

3. Den Säuglingen und Kindern bis zu 2 Jahren:
1. so-est sie nicht gestillt werden: 1/2 Liter Vollmilch täglich,
2. Zucker nicht unter 30 gr und möglichst bis zu 50 gr täglich,
3. mindestens 200 gr Weizenmehl gewöhnlicher Ausmahlung für die Woche,
4. an Nahrungsmitteln mindestens 500 gr Haferkochen oder Weizengries für den Monat.

Außerdem ist den Kindern vom Tage der Geburt ab die volle Brot- und die halbe Fleischkarte zu gewähren.

Kerner erhalten:
a) die Kinder von 2, 3 und 4 Jahren 1/2 Liter Vollmilch täglich,
b) Kinder von 5 und 6 Jahren 1/2 Liter täglich.

Die vorstehend unter 1-3 genannten Zulagen sind festgelegt und müssen gewährt werden.

Weitere Zulagen für kranke Mütterinnen und Säuglinge werden nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses durch die kommunalarztliche Prüfungsstelle bewilligt.

Die Herren Bürgermeister bitte ich dafür Sorge zu tragen, daß die werdenden Mütter, die Säuglinge und Kinder bis zu 2 Jahren auch tatsächlich regelmäßig in den Genuss der ihnen zustehenden, vorstehend erwähnten Zulagen kommen. Im Widerspruch mit dem Abschn. III Biffer 2 der vorstehenden Grundzüge vorzubeugen, welche ich noch besonders darauf hin, daß es sich auch bei der Zucker-

menge um eine Zulage handelt. Den Säuglingen sowie den Kindern bis zu 2 Jahren steht also neben der allgemein festgelegten Zuckerration noch eine Zuckerration von mindestens 30 gr täglich zu, sodaß zusammen also 2 Zuckerrationen für diese zu gewähren sind.

Damit das Kreis-Lebensmittelamt A eine zuverlässige Unterlage für die zu überweisende Nahrungsmittelmenge hat, ist regelmäßig bis zum 1. jeden Monats die Zahl der in der Gemeinde vorhandenen Säuglinge und Kinder bis zu 2 Jahren, ohne besondere Aufforderung, zu melden. Auf Grund dieser Meldung werden sodann auch die für die Zucker-Zulagen erforderlichen Zuckerrationen übersandt.

In den regelmäßig dem Kreis-Lebensmittelamt Abteilung B einzureichenden Brot- und Zuckerkarten-Verbrauchsnachweisungen müssen die vorgenannten Zulagen besonders nachgewiesen werden.

Ueber alle Beschwerden entscheidet das Kreiswohlfahrtsamt.

Rönigstein (Taunus), den 12. Februar 1919.
Der Landrat als Vorsitzender des Kreiswohlfahrtsamts:
Jacobs.

Die industriellen Betriebe des Kreises werden ersucht, ihren Bedarf an Industriekohlen unter Angabe der gemäß nachstehender Liste verlangten Angaben umgehend bei der Gemeindebehörde des Betriebsortes anzumelden.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, die Anmeldungen entgegenzunehmen und eine Liste der Bedürfnisse an Industriekohlen nach untenstehendem Muster mir bis spätestens zum 20. d. Mts. einzureichen oder Fehlanzeige zu erstatten.

Ein Formular wird den Gemeindebehörden zugehen.

Rönigstein i. T., den 11. Februar 1919.
Der Landrat: Jacobs.

Kohlenbedarfsliste

der industriellen Betriebe in der Gemeinde				
Firma	Art der Fabrikate	Zahl der Arbeiter	Für wieviel Tage genügt der vorhandene Vorrat	Regelmäßiger Monatsbedarf in Tonnen

Briggs-Rohstoff-Abteilung.

Bekanntmachung
Nr. F. R. 1110/12. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel 1.
Die Bekanntmachung Nr. W. I. 1772/5. 17. K. R. A., betreffend Beschlagsnahme und Höchstpreise von Tierhaaren, deren Abgängen und Abfällen sowie Abfällen und Abgängen von Wollfellen, Quartellen und Fellen vom 1. Juni 1917 und die Nachtrag-Bekanntmachung zu der obigen Bekanntmachung Nr. W. I. 1070/10. 17. K. R. A. vom 15. Dez. 1917 treten außer Kraft.

Artikel 2.
Diese Bekanntmachung tritt am 4. Januar 1919 in Kraft.
Berlin, den 4. Januar 1919.
gez. Wolffhügel.

Wird veröffentlicht.
Rönigstein im Taunus, den 12. Februar 1919.
Der Landrat: Jacobs.

Briggs-Rohstoff-Abteilung.

Bekanntmachung
Nr. F. R. 110/1. 19. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

- Artikel 1.**
Die Bekanntmachung W. II. 2800/8. 17. K. R. A. über Höchstpreise für Baumwoll-Spinnstoffe und Baumwoll-Wespunkte vom 2. Oktober 1917 wird folgendermaßen abgeändert:
1. Die Höchstpreise für Kunstbaumwolle (Preisstafel 1, Buchstabe d) treten außer Kraft.
 2. Die Höchstpreise für Baumwollgarne (Preisstafel 2) treten für alle Garne außer Kraft, die auf Grund eines nach dem 31. Oktober 1918 ausgetheilten Spinnerlaubnisbescheines gesponnen sind, sowie für gewirnte Nischengarne.
 3. Die Höchstpreise für alle übrigen Baumwoll-Spinnstoffe und Baumwoll-Wespunkte, die gegen einen nach dem 31. Oktober 1918 ausgetheilten Freigabe- oder Belegschein zur Ablieferung gelangt sind oder noch gelangen, erhöhen sich um 15 v. D.

Artikel 2.
Diese Bekanntmachung tritt am 17. Januar 1919 in Kraft.
Berlin, den 17. Januar 1919.

Briggs-Rohstoff-Abteilung.
Wolffhügel.

Wird veröffentlicht.
Rönigstein i. T., den 12. Februar 1919.
Der Landrat: Jacobs.

Auf Anordnung der französischen Militärbehörde sowie auf Grund der Polizeiverordnung vom 14. Juli 1904 und 9. März 1917 hat sich jeder, der sich in hiesiger Gemeinde niederläßt, ob für dauernd oder vorübergehend, wie z. B. als Kurgast innerhalb 12 Stunden nach Eintreffen auf dem hiesigen Polizeibüro, Zimmer 7 persönlich anzumelden. Für die Anmeldung ist neben dem Zugewandten auch derjenige haltbar, in dessen Wohnung bezw. Behausung sich solche Personen niederlassen.

Bei der Anmeldung müssen sämtliche auf den Wohnungswechsel oder die Identifizierung der Person Bezug habenden Papiere vorgelegt werden.

Für Aufenthaltswechsel hat die Abmeldung vor der Abreise persönlich zu erfolgen. Niemand kann ohne die Genehmigung der französischen Militärbehörde seinen Aufenthaltsort verlassen. Für die Abmeldung ist neben derjenigen Person, die den Aufenthaltsort verläßt, auch der Hauseigentümer bezw. der Vermieter haltbar. Die bisherigen Bestimmungen über die schriftliche Anmeldung bei Ankunft aller zureisenden Personen bleiben außerdem nach wie vor bestehen.

Rönigstein, den 12. Februar 1919.
Die Polizeiverwaltung: Brühl.

Die Familien-Unterstützung wird an die Empfangsberechtigten am Montag, den 17. Februar, vormittags von 8-12 Uhr ausbezahlt.

Rönigstein, den 11. Februar 1919.
Die Stadtkasse.

